

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschuss für Stadtentwickluniges

am Dienstag, dem 17.02.2009

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 13.01.2009
- 3 05 - 14 1022/2009 Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009;
hier: Beratung in den Fachausschüssen – Maßnahmen des Fach-
bereiches 5 „Stadtentwicklung“
- 4 05 - 14 1024/2009 Antrag auf Fällung eines Baumes auf dem Grundstück
Johannes-Derksen-Weg;
hier: Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes
Nr. E 8/4 - Berliner Straße -
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 6 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind: Lang, Hermann
als Vorsitzender

Die Mitglieder: Bartels, Gerd-Wilhelm (für Mitgleid Janssen)
Beckschaefer, Christian (für Mitglied Spiertz)
Bluhm, Lothar
Brink ten, Johannes
Brockmann, Manfred
Byloos, Christoph
Diekman, Rolf (für Mitglied Jessner)
Evers, Korinna
Faulseit, Michael
Gorgs, Hans-Jürgen
Hinze, Peter
Hövelmann, Gabriele
Jansen, Albert
Kulka, Irmgard (für Mitglied Sloot)
Lindemann, Willi
Reintjes, Kurt
Schoppmann, Bernd
Sickelmann, Ute

Tepaß, Udo
Wardthuysen, Günter

Ratsmitglieder mit beratender Stimme gem.

§ 58 Abs. 1 S. 9 GO: Kukulies, Christoph

Von der Verwaltung:

Bürgermeister Diks, Johannes
 Erster Beigeordneter Dr. Wachs, Stefan
 Stadtkämmerer Siebers, Ulrich
 Gürtzgen, Stefan
 Berk, Melanie
 Kemkes, Jochen
 Baumgärtner, Michael
 Hoffmann, Nicole als Schriftführerin

Vorsitzender Lang eröffnet um 17.00 Uhr die öffentliche Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung versichert sich der Vorsitzende Lang davon, dass alle Ausschussmitglieder die Anträge zum Haushalt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als auch von der SPD-Stadtratsfraktion in der heutigen Sitzung erhalten haben.

Mitglied Sickelmann teilt für ihre Fraktion mit, dass man davon ausgegangen sei, dass ihr Antrag als Anlage der Vorlage zum Haushalt beigefügt wird, zumal der Antrag rechtzeitig eingegangen ist.

Mitglied Beckschaefer teilt mit, dass auch der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion rechtzeitig eingegangen ist und somit auch als Anlage der Vorlage zum Haushalt beigefügt hätte sein können.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt mit, dass bislang in keiner Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung zu den Haushaltsplanberatungen die Anträge der Fraktion beigefügt waren. Die Anträge sind zur jeweiligen Sitzung zur Kenntnis gegeben worden. Nach Geschäftsordnung des Rates gibt es das Antragsrecht an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein. Der Rat würde den Antrag entsprechend an den Fachausschuss verweisen. Da dies bei der Haushaltsplanberatung in der Folge keinen Sinn macht, da der Rat das abschließende Beratungsorgan ist, ist die Verwaltung so verfahren, wie es bislang immer getan wurde. Üblicherweise ist es so, dass die Anträge den Fraktionen zur Kenntnis gegeben werden. Dennoch kann in der heutigen Sitzung, in der kommenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses als auch in der Sitzung des Rates über diese Anträge beraten werden.

I. Öffentlich

1 Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde werden seitens der anwesenden Einwohner keine Äußerungen vorgetragen.

2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 13.01.2009

Auf Wortäußerung von Mitglied Reintjes teilt Herr Kemkes mit, dass es bei der Vorlage BÜ-Konzept beim Rat jeweils ein abschließendes Bild gibt, was letztendlich Gegenstand des Beschlusses ist. Hier ist das korrigierte Bild mit einer Linienführung über den Bereich des jetzigen BÜ's Felix-Lensing-Straße und Heranführung an den Bahnkörper.

Einwände gegen die gemäß § 31 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellungen vorgelegten Niederschrift werden nicht erhoben. Sie wird somit vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

3 05 - 14 1022/2009 Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009; hier: Beratung in den Fachausschüssen – Maßnahmen des

Fachbereiches 5 „Stadtentwicklung“

Herr Siebers merkt an, dass man sich von dem System des Verwaltungshaushaltes und des investiven Haushaltes verabschiedet hat und nunmehr auf Produktebene weiterarbeitet. Der Haushalt beinhaltet die Ergebnisrechnung mit den Erträgen und Aufwendungen mit anschließender Finanzrechnung. In der Finanzrechnung sind die Zahlungsvorgänge wieder gegeben, d. h. im allgemeinen, dass das was an Erträgen und Aufwendungen da ist, in der Finanzrechnung als Einzahlung und Auszahlung ausgewiesen wird. Darüber hinaus tauchen die investiven Maßnahmen nur in der Finanzplanung auf, da Vermögensgegenstände geschaffen werden und keine Erträge erwirtschaftet werden. D. h. die Investitionsmaßnahmen sind zusätzlich zu den anderen Dingen in der Finanzplanung aufgelistet. Der Haushaltsplan ist nach Budgets aufgebaut. Für den Bereich „Stadtentwicklung“ findet man als erstes die Ergebnisrechnung mit anschließender Finanzrechnung des Budgets 500. Daran anschließend sind die jeweiligen Produkte aufgelistet.

Durch die Umstellung auf das neue Verfahren durften keine Haushaltsreste gebildet werden, so dass nicht abgeschlossene Maßnahmen nicht durch Haushaltsmittel des vergangenen Jahres finanziert werden konnten. Dies wird entsprechend in der Veränderungsliste deutlich.

Herr Kemkes macht zur weiteren Vorgehensweise den Vorschlag, dass die Vorlage seitenweise abgearbeitet werden sollte. Ab dem Bereich der investiven Maßnahmen (S. 275) sollte man auf die Anlage 2 verweisen.

Auf Anfrage von Mitglied Sickelmann teilt Vorsitzender Lang mit, dass man über die Anträge zum Haushalt nach Beratung der Verwaltungsvorlage beraten wird. Nunmehr ruft Vorsitzender Lang seitenweise die Vorlage auf.

Seite 261

Dez. II Dezernat II
Budget.500 Fachbereich 5 - Stadtentwicklung
90101 Räumliche Planung, Entwicklung, Geoinf.

Mitglied Beckschaefer fragt an, um welche Immobilien es sich beim Neumarkt handelt. Die wieder eingesetzten Planungskosten in Höhe von 50.000 € sind seines Erachtens nach überflüssig. Die bislang in den Haushalt eingestellten Planungskosten (insgesamt 1,5 Mio. €) sind immer wieder für andere Maßnahmen ausgegeben worden.

Hierauf teilt Erster Beigeordneter Dr. Wachs mit, dass es sich nicht um das EXTRA-Gebäude sondern um den Neumarkt als solches handelt. Die Verwaltung ist mit dem Eigentümer des damaligen REWE-Gebäudes in regelmäßigem Kontakt. Aus Sicht der Verwaltung handelt es sich bei der Planung um eine zweigestaltige Frage aus dem Einzelhandelskonzept; zum einen Ansiedlung von großflächigem Lebensmitteleinzelhandel oder von innenstadtrelevanten Sortimenten und auf der anderen Seite die Thematik der Bauleitplanung. Die Verwaltung geht davon aus, dass erste Beratungsunterlagen vor der Sommerpause 2009 vorliegen werden. Auf weitere Anfrage von Mitglied Beckschaefer teilt Erster Beigeordneter Dr. Wachs mit, dass das Gelände „Wemmer & Janssen“, „Rheincenter“ und „Neumarkt“ in der gesamten Betrachtung zu beleuchten sind. Hinsichtlich eines möglichen Investors für das Gelände „Wemmer & Janssen“ ist verwaltungsseitig nichts bekannt.

Auf Wortäußerung von Mitglied Tepasß hinsichtlich des Werkstattverfahrens zur Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes teilt Herr Kemkes mit, dass ein Maßnahmenpaket erarbeitet wurde, wie man mit dem Thema „Bahnhofsumfeld“ in den nächsten Jahren umgeht. Die Investitionen (Fahrradboxen, Bahnhofsvorplatz, Neuorganisation des Busbahnhofes, evtl. Verlegung des Busbahnhofes, Durchstich Bahnhof nach Norden) wurden damals zurückgestellt, weil die Entwicklungsmaßnahmen in der Innenstadt (Rheinpromenade, Kaßstraße etc.) vorrangig betrieben wurden. Nunmehr wird seitens des Ministeriums ein neues Förderprogramm „Modernisierungsoffensive 2“ angestoßen. Verwaltungsseitig sah man sich daher verpflichtet zu hinterfragen, was sich hinsichtlich der Planung 2000 bis heute verändert hat. Für diese Überprüfung werden entsprechende Planungskosten in den Haushalt eingestellt, um daraus Maßnahmen zu entwickeln, die einer Überprüfung durch das Förderprogramm „Modernisierungsoffensive 2“ unterzogen werden. Das Thema „Fahrradboxen“ wird als sehr wichtig angesehen. Entsprechende Fördergelder sind im Haushalt anvisiert; eine solche Maßnahme wird mit 85 % gefördert. Mitglied ten Brink fragt an, ob der Verwaltung etwas darüber bekannt ist, wie die DB AG die Mittel in Höhe von 2 Mio. € in den Bahnhof Emmerich investieren will. Herr Kemkes teilt mit, dass am morgigen Tag ein Informationstermin stattfindet, in dem das Förderprogramm „Modernisierungsoffensive 2“ erläutert wird. Die Verwaltung geht allerdings davon aus, dass die Mittel hauptsächlich für Maßnahmen der DB AG vorgesehen sind (z. B. Anpassung der Bahnsteige, Zugänge zu den Bahnsteigen, Beschilderungen etc.).

Seite 265

Dez. II Dezernat II
Budget.500 Fachbereich 5 - Stadtentwicklung
90101 Räumliche Planung, Entwicklung, Geoinf.
1.100.09.01.01: Räumliche Planung, Entwicklung, Geoinf.

Mitglied Sickelmann geht davon aus, dass zukünftig der Zugriff auf Flurkarten, geologische Informationen Erleichterung bringen wird. Ferner fragt sie an, ob die Stadtratsfraktionen Zugang zu diesem System bekommen können. Ferner geht sie davon aus, dass durch das System ein Bearbeiten/Aktualisieren von alten Bebauungsplänen leichter zu händeln ist.

Herr Kemkes sagt Prüfung zu, inwieweit der Netzzugriff auf das System auf die Ratsfraktionen erweitert werden kann. Hinsichtlich der Geoinformation zu Bebauungsplänen ist zu sagen, dass dies insofern einfacher ist, dass Informationen über Planungen jeglicher Art in einem Netzsystem zur Verfügung gestellt werden sollen. Inwiefern diese Informationen der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden muss noch umfassend rechtlich geprüft werden, da es sich um einen höchst komplexen Bereich handelt.

Seite 269

Dez. II Dezernat II Budget.500 Fachbereich 5 - Stadtentwicklung 100301 Denkmalschutz und -pflege

Mitglied Sickelmann findet es bedauerlich, dass sich im Bereich der Denkmalpflege nicht mehr getan hat (5.000 €).

Nunmehr geht der Ausschuss für Stadtentwicklung auf die Anlage 2 „Änderungen und Ergänzungen zu den Seiten 278 bis 287 des Haushaltsplanentwurfes 2009“ ein.

Herr Kemkes erläutert, dass die Veränderungen zu den Investitionsprojekten „**fett**“ gedruckt sind.

Anlage 2, S. 4

7.000077.700 Wassenbergstraße

Mitglied Tepas teilt mit, dass sowohl für den Haushalt in 2009 als auch in 2010 Mittel in Höhe von 80.000 € eingestellt sind. Mitglied Tepas möchte die Mittel im Jahre 2010 mit einer Verpflichtungsermächtigung belegen, um sicherzustellen, dass der Radweg definitiv erneuert wird.

Herr Kemkes teilt mit, dass insgesamt 165.000 € über mehrere Jahre angesetzt sind. Er würde es ebenfalls für sinnvoll erachten, dass man sich im Zuge der Planung „Überarbeitung der Radwege Wassenbergstraße“ die gesamte Wassenbergstraße anschaut und ein Plankonzept erstellt. Womöglich könnte man das auch unter einer gemeinsamen Maßnahme laufen lassen. In einer Veränderungsliste würde die Verwaltung dann zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses darlegen, wie die Maßnahme abgearbeitet werden soll.

Auf Anfrage von Mitglied Reintjes teilt Herr Kemkes mit, dass keine Beiträge fließen, da es sich bei der Maßnahme um eine Unterhaltungsmaßnahme handelt.

S. 285

7.000067: Rheinpromenade Umgestaltung

Mitglied Beckschaefer fragt an, ob die im Haushalt eingestellten 470.000 € die geplante Restabrechnung gemäß Kostenvoranschlag oder sind es höhere Kosten. Ferner vermisst er die veranschlagte Summe der Einnahmen der Grundstücksanlieger.

Hierauf antwortet Herr Kemkes, dass es sich bei den 470.000 € um die Restabrechnung handelt. Bei Erstellung des ersten Haushaltsentwurfes ist man davon ausgegangen, dass noch in 2008 Zahlungen anstehen, die allerdings nicht erfolgt sind, so dass man diese Zahlungen auf das Jahr 2009 übertragen musste. Die Kosten bewegen sich im Rahmen der jetzt vergebenen Aufträge.

Mitglied Beckschaefer weist darauf hin, dass die Rheinpromenade natürlich sehr schön geworden ist aber dennoch an einigen Stellen Mängel aufweist. Von der Fährstraße kommend in Richtung Martinikirche liegen seit langer Zeit Splitthaufen, die nicht beseitigt werden. Zum anderen ist die sogenannte Stadtplatte bei Regen eine regelrechte Pfützenansammlung (in den asphaltierten Quadraten bleibt das Wasser stehen). Weiter sind an vielen Stellen auf der gesamten Rheinpromenade Absenkungen im Pflaster festzustellen (z. B. Höhe Hein Driessen). Er fragt an, wann die Mängelbeseitigung erfolgt und ob die Schlussabrechnung erst dann erfolgt, wenn die Mängelbeseitigung erledigt ist. Herr Kemkes teilt mit, dass teilweise die dargestellten Mängel bekannt sind und die Verwaltung wird im Rahmen der Gewährleistung diese Mängel abarbeiten. Bei der Abnahme der Baustelle wird ein Abnahmeprotokoll erstellt, wo die Mängel festgehalten werden. Diese Mängel sind entsprechend abzarbeiten. Sollte sich nach Abarbeitung der Mängel weitere Mängel ergeben sind diese im Rahmen der normalen Gewährleistungsfrist (4 Jahre) abzustellen. Die Problematik mit der Stadtplatte ist bekannt. Vor einiger Zeit ist dort bereits eine Korrektur hinsichtlich der Wasserführung (zusätzlicher Anschluss eines Wasserablaufes) erfolgt. Diese Problematik ist ebenfalls im Rahmen der Gewährleistung noch abzuwickeln. Mitglied Beckschaefer bittet um laufenden Sachstandsbericht in dem Fachausschuss.

S. 287

7.000350: Errichtung einer Skateranlage

Auf Anfrage von Mitglied Kukulies antwortet Herr Kemkes, dass es sich um die Bereitstellung der Haushaltsmittel für die Verlegung der Skateranlage handelt. Wie eine Realisierung aussehen könnte bedarf einer entsprechenden Planung. Zu gegebener Zeit wird eine Vorstellung im Fachausschuss erfolgen. Die Verwaltung ist selbstverständlich bemüht, eine neue Skateranlage im Rahmen der bewilligten Haushaltsmittel zu realisieren. Mitglied Beckschaefer fragt an, ob es einen entsprechenden Beschluss zur Skateranlage im Stadtpark an der Seufzerallee gibt. Erster Beigeordneter Dr. Wachs erläutert, dass man sich in Verbindung mit dem Jugendamt einen Platz ausgesucht hat. Eine entsprechende Vorlage wird dem Fachausschuss zur Beratung vorgelegt werden.

Nunmehr geht Herr Kemkes auf die nachgereichte Veränderungsliste ein. Die „grau“ unterlegten Beträge sind nachgeschoben, so dass die Beträge im Beschlussvorschlag entsprechend angepasst werden müssen (Ergebnishaushalt von 2.158.972 € auf 2.407.972 € und Finanzhaushalt von 3.694.431 € auf 3.732.635 €).

Mitglied Beckschaefer teilt für seine Fraktion mit, dass sie dem Beschlussvorschlag nicht zustimmt. Die Hauptgründe liegen zum einen darin, dass die Summe von 1 Mio. € für den Rheinpark zu hoch angesetzt ist und zum anderen die BürgerGemeinschaft den Ausbau der Steinstraße und Tempelstraße abgelehnt hatte.

Auf Anfrage von Mitglied Kulka erklärt Erster Beigeordneter Dr. Wachs, dass es sich bei dem European Energy Award um einen verliehenen Preis handelt, der immer einer weiteren Entwicklung bedarf. Dies erfolgt jeweils mit dem beratenden Ingenieur und dafür sind entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen.

Nunmehr lässt Vorsitzender Lang über den Antrag der SPD-Fraktion und die Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beraten und abstimmen.

SPD-Antrag:**Schulwegsicherung in Vrasselt;**

Auf dem Bahnweg in Vrasselt ist von Emmerich aus kommend hinter dem Friedhof eine Schulbushaltestelle eingerichtet.

Seit Wochen ist dort ein erhöhtes Verkehrsaufkommen zu beobachten. Dies hat insbesondere mit den häufigen und auch längeren Schließungen der Bahnübergänge zu tun. In unmittelbarer Nähe befindet sich ebenfalls ein Speditionsunternehmen.

Die Bushaltestelle liegt in einem Bereich, der nicht beleuchtet ist. Durch Autofahrer werden die dort wartenden Kinder viel zu spät gesehen. Gerade in den Wintermonaten ist die Haltestelle nicht zu erkennen.

Die SPD-Ratsfraktion beantragt daher die Aufstellung einer Straßenlaterne im Bereich der Bushaltestelle.

Mitglied Hinze macht die Notwendigkeit der Beleuchtung deutlich. Die Schulkinder sind in dem Bereich sehr gefährdet.

Hierauf antwortet Herr Kemkes, dass im Haushalt für die Unterhaltung und Ergänzung der Straßenbeleuchtung Mittel in Höhe von 150.000 € und zusätzlich noch weitere Mittel in Höhe von 180.000 € eingestellt sind. Er versichert, dass der Mangel abgestellt wird und die Beleuchtung vorgenommen wird.

Mitglied Beckschaefer teilt für seine Fraktion mit, dass sie dem Antrag zustimmt.

Auch Mitglied Sickelmann schließt sich dem Antrag an.

Beratungsergebnis: 21 Stimmen Dafür, 0 Stimmen Dagegen, 0 Enthaltungen

Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**1.) Unterhaltung des Forstes; hier: Aufstockung des Ansatzes um 50.000 €**

Mitglied Sickelmann erläutert kurz den Antrag. Die Aufstockung ist nötig, da durch die Betuwe mit dem geplanten Lärmschutz eine große Anzahl des alten Baumbestandes entfernt wird. Die Forstflächen bedürfen dringend einer Aufwertung.

Herr Kemkes erläutert, dass man dieses Thema mit der zuständigen Forstbeamtin Frau Dohmen besprochen hat. Für die Unterhaltung und die Forstmaßnahmen wird ein Bewirtschaftungsplan aufgestellt, der bezuschusst wird. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es wenig sinnvoll, einen x-beliebigen Betrag aufzustocken, da die Bearbeitungszeit der Förderanträge ca. 9-10 Monate in Anspruch nimmt. Die Verwaltung schlägt vor, für das nächste Jahr dem Fachausschuss den Bewirtschaftungsplan vor Beginn der Haushaltsplanberatungen vorzustellen, um das Thema aufzugreifen.

Aufgrund dieser Aussage zieht Mitglied Sickelmann ihren Antrag zurück.

2.) Das Budget für Ersatzanpflanzung in Wohngebieten und im Straßenraum wird um 30.000 € erhöht.

Mitglied Sickelmann teilt für ihre Fraktion mit, dass die zahlreichen ungenehmigten und genehmigten Baumfällaktionen in den letzten Jahren eine Erhöhung des Ansatzes rechtfertigen. Die Stadt sollte an geeigneten Stellen, wo Bäume eine langfristige Entwicklungschance haben, entsprechende Pflanzungen vornehmen.

Herr Kemkes teilt mit, dass zu festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen in den letzten 12 Monaten Beträge von rd. 26.700 € festgelegt worden sind. Diese Beträge werden allerdings erst bei Realisierung des jeweiligen Bauvorhabens fällig. Die Beträge werden dann zu gegebener Zeit als Einnahme im Haushalt verbucht und zweckgebunden für die Ersatzpflanzung vorgesehen.

Mitglied Sickelmann ist nicht zufrieden mit dieser Auskunft. Sie stellt den Antrag, die Haushaltsmittel bereits jetzt in den Haushalt einzustellen, damit im Frühjahr entsprechende Pflanzungen vorgenommen werden können. Im Raum Emmerich gibt es genügend Stellen, die einer Aufforstung oder Aufwertung bedürfen.

Herr Kemkes führt aus, dass es sich bei ihrem Betrag um Maßnahmen handelt, die bereits genehmigt sind. Die erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen sind im Haushalt noch nicht erfasst, sind aber als Geldbetrag festzusetzen und bei Umsetzung in den Haushalt einzustellen. Die Verwaltung sieht keine Notwendigkeit, zusätzliche Haushaltsmittel einzusetzen.

Mitglied Sickelmann spricht die Möglichkeit an, durch diese Haushaltsmittel die Bäume an der Hubert-Fink-Straße durch entsprechende Baumpflanzungen zu ersetzen.

Mitglied Kukulies spricht sich gegen die zusätzliche Einstellung von Haushaltsmitteln aus. Auf Anfrage von Mitglied Diekman, um welche ungenehmigten Baumfällaktionen es sich handle, antwortet Frau Sickelmann, dass es hierbei z. B. um die gefälltten Bäume auf dem von-Gimborn-Gelände handelt. Hier sind gezielt nur die wertvollen Bäume gefällt worden; die Bäume mit Zwieselbildung wurden stehen gelassen in der Hoffnung, dass das Grundstück freigeräumt wird. Ihres Wissens nach ist noch keine Ersatzpflanzung erfolgt. Bei dem Bereich „Bellevue“ handelt es sich um einen gleichgelagerten Fall.

Hierauf erwidert Herr Baumgärtner, dass in beiden Fällen entsprechende Bußgeldverfahren eingeleitet wurden und die Eigentümer aufgefordert wurden, eine Ersatzpflanzung vorzunehmen.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt ergänzend mit, dass zu ungenehmigten Baumfällaktionen des vergangenen Jahres ergänzend zur Forderung der Ersatzpflanzung auch Ordnungsgelder verhängt worden sind, die für die Wiederpflanzung genutzt werden. Mitglied Diekman vertritt auch für seine Fraktion die Auffassung, dass eine Budgeterhöhung nicht notwendig ist.

Mitglied Beckschaefer teilt für seine Fraktion mit, dass sie sich bei den Abstimmungen zu den nachfolgenden Punkten enthält.

Beratungsergebnis: 1 Stimme Dafür, 14 Stimmen Dagegen, 6 Enthaltungen

3.) Erstellung eines Konzeptes zur Erhaltung der Baumallee am Hohen Weg

Mitglied Sickelmann geht auf die Begründung des Antrages ein. Sie fragt an, ob die Baumallee unter den Schutz des § 47 des Landschaftsschutzgesetzes fällt. Ihre Fraktion wünscht sich, dass das zusammenhängende Bild dieser Allee weitgehend erhalten wird. Da langfristig die Verkehrssicherung nötig ist fordern sie ein Konzept, welches verhindert, dass nach „Salamitaktik“ Baum für Baum gefällt wird.

Herr Kemkes teilt mit, dass verwaltungsseitig kein Handlungsbedarf gesehen wird. Sinn macht es erst dann, wenn Ausbaumaßnahmen anstehen (Gehwege, Radwege etc.). Ein entsprechendes Konzept wird dann zu gegebener Zeit vorgelegt werden.

Dem widerspricht Mitglied Sickelmann. Die Verkehrsbelastung auf dem Hohen Weg wird angesichts geschlossener Schranken deutlich zunehmen, so dass hier durchaus frühzeitiger Handlungsbedarf besteht.

Mitglied ten Brink teilt mit, dass man dem grundsätzlich zustimmen kann. Durch die Planungen der Betuwe wird sich die Thematik sicherlich zeitlich nach vorne schieben. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass im letzten Jahr im Einvernehmen mit dem Fachausschuss über notwendige Maßnahmen entschieden wurde, so dass man für die nächsten Jahre beruhigt sein kann. Er ist ebenfalls der Auffassung, dass man sich mit dieser Thematik erst dann befasst, wenn der Straßenausbau ansteht.

Beratungsergebnis: 1 Stimme Dafür, 14 Stimmen Dagegen, 6 Enthaltungen

4.) Ausweisung eines Grundstücks zu Gründung und zum Anlegen eines Geburten- und Hochzeitswaldes

Herr Kemkes erläutert, dass derzeit kein geeignetes Grundstück zur Verfügung steht. Mitglied Kukulies fragt nach, ob überhaupt nach einem geeigneten Grundstück gesucht wurde und macht den Vorschlag, die beantragten aber abgelehnten Mittel in Höhe von 30.000 € für Ersatzanpflanzungen Hoher Weg für ein Grundstück zur Anlage eines Geburten- und Hochzeitswaldes in den Haushalt einzustellen.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs ergänzt, dass das Thema im Rahmen der Änderung der Baumschutzsatzung 2005 ausgiebig erörtert worden. In der damaligen Arbeitsgruppe wurde über ein Grundstück, die Sinnhaftigkeit und die Pflege eines solchen Geburten- und Hochzeitswaldes diskutiert. Zum damaligen Standpunkt hat sich bis heute nichts geändert. Zum anderen kommt hinzu, dass die Stadt über kein stadtnahes Grundstück verfügt.

Beratungsergebnis: 1 Stimme Dafür, 14 Stimmen Dagegen, 6 Enthaltungen

5.) Vergabe eines Prüfauftrages zur Rentabilität weiterer Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden

Mitglied Sickelmann teilt für ihre Fraktion mit, dass mit der Aktion „European Energy Award“ noch nicht der letzte Stand erreicht ist. Daher fordern sie die Vergabe eines Prüfauftrages zur Rentabilität weiterer Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs stimmt zu, dass sicherlich noch nicht das Ende erreicht ist. Bei dem Projekt „Solar und Spar GmbH Co. KG“ beim Willibrord-Gymnasium hat man sich zum ersten Mal mit dem Thema „Photovoltaik“ beschäftigt und fortgesetzt wurde es beim Feuerwehrgerätehaus und kürzlich bei der Erneuerung der Friedhofskapelle.

Die im städtischen Eigentum befindlichen Gebäude sind nach einem Kriterienkatalog untersucht worden. Ergebnis dessen ist, dass ca. 1.900 qm bis 2.000 qm Fläche für Modulflächen zur Verfügung stehen. Dann hat man sich bemüht, mit entsprechenden Investoren hinsichtlich Vermietung von Dachflächen in Kontakt zu gelangen. Zum damaligen Zeitpunkt war eine Umsetzung des Projektes nicht möglich, da der Markt mit den Solarmodulen so erschöpft war, dass zum einen keine Module zu bekommen waren und zum anderen die verbleibenden Module zu teuer waren, so dass sie für die möglichen Investoren nicht rentabel waren. Fakt ist, dass Mittel in Höhe von 800.000 € zu investieren wären, um das Projekt umsetzen zu können.

Mitglied Sickelmann ist nicht davon ausgegangen, dass es nur über eine Investorengruppe zu finanzieren sei. Vielmehr sollte dies auch langfristig über die Einsparungen an städtischen Energiekosten zu finanzieren sein. Sie hält den Antrag des Prüfauftrages, wie die Verwaltung dem Ziel im nächsten Jahr näher kommen möchte, aufrecht.

Mitglied Kukulies regt an, die Überlegungen innerhalb der Verwaltung dem Fachausschuss vorzustellen.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs schlägt nunmehr vor, dass die Verwaltung dem Fachausschuss in regelmäßigen Abständen im Rahmen der Beratung des Umweltberichtes/Energieberichtes an den einzelnen Gebäuden zur Kenntnis vorlegt. Hier wird dargelegt, wie man mit diesem Thema umgehen soll.

Mitglied Sickelmann regt an, eine Finanzierung evtl. in Form einer Bürgeraktie vorzunehmen. Hierauf erwidert Erster Beigeordneter Dr. Wachs, dass das Modell „Solar & Spar“ nur von wenigen Emmerichern bedient wurde; der größte Teil ist außerhalb Emmerichs gezeichnet worden.

Mitglied Sickelmann hält den Antrag in der gestellten Form somit nicht aufrecht und stimmt der vorgeschlagenen Verfahrensweise des Ersten Beigeordneten Dr. Wachs zu.

6.) Vergabe eines Prüfauftrages zur Rentabilität einer Warmwasser-Solaranlage und weiterer Energieeinsparmöglichkeiten für die Kleinschwimmhalle Elten

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erklärt, dass man das Thema exemplarisch diesbezüglich im Energiebericht darlegen kann.

Die Frage der angesprochenen Kesselanlage ist sehr kompliziert; insbesondere bei der Kleinschwimmhalle. Über die Solartechnik lassen sich entsprechende Temperaturen, die im Sinne der Legionellenprophylaxe erforderlich sind, nicht generieren. Hierfür müsste eine Kesselanlage parallel laufen, wo man derzeit allerdings wieder Probleme mit hat. Somit muss man leider sagen, dass sich die Frage hinsichtlich Solar nicht händeln lässt. Alles das, was verwaltungsseitig an der Kleinschwimmhalle möglich ist (moderne Wärmeerzeuger, Gebäudeleittechnik, Lüftungstechnik mit Wärmerückgewinnung, kleinstmögliche Wasseraufbereitung, Duscharmaturen mit Selbstschlusstechnik, Schwimmbad- und Wassertechnik) wurde dort realisiert.

Er schlägt vor, dass dem Fachausschuss ein entsprechender Umwelt-/Energiebericht hierzu an die Hand gegeben wird.

Mitglied Sickelmann ist damit einverstanden und zieht den Antrag zurück.

7.) Wir beantragen, dass die Stadt Emmerich Überlegungen anstellt, wie sie an den Entwicklungsmöglichkeiten des zukünftigen Hochschulstandortes Kleve partizipieren kann.

Mitglied Sickelmann erwartet für Emmerich, dass er sich für den zukünftigen Hochschulstandort Kleve als attraktiver Wohnstandort präsentiert. Die dazu nötigen Bedingungen wie ÖPNV-Angebot und attraktives und bezahlbares Wohn-Angebot gehören sicherlich auch dazu. Sie schlägt vor, dass dem Fachausschuss eine Konzeption vorgelegt wird, wie sich Emmerich auf diese Situation vorbereitet.

Bürgermeister Diks erklärt, dass sich die Verwaltung sicherlich Gedanken darüber macht, in welcher Form Emmerich davon profitieren kann. Entsprechende Hauseigentümer sind bereits mit Ideen vorstellig geworden. Fakt ist aber, dass sich erst seit ca. 2-3 Wochen entsprechend Beauftragte in Kleve mit dem Thema befassen. Aus heutiger Sicht ist noch nicht klar, welche Studienschwerpunkte im Detail umgesetzt werden. Vorstellbar ist sicherlich, dass ein gewisser Prozentanteil der Studenten in Emmerich wohnen würde und somit auch das ÖPNV-Angebot entsprechend da sein muss. Die Verwaltung geht ferner davon aus, dass man seitens der Stadt Kleve angesprochen wird, inwieweit sich die Emmericher Industrie einbringen werde. Alle diese Dinge müssen in den kommenden 24 Monaten abgearbeitet werden.

Mitglied Sickelmann ist zufrieden, wenn zur Mitte des Jahres dem Fachausschuss eine entsprechende Konzeption vorgelegt wird und sieht ihren Antrag somit als erledigt an.

Bürgermeister Diks macht deutlich, dass die Verwaltung sicherlich im Sinne des Antrages die Dinge abarbeiten wird.

8.) Grundsatzbeschluss: Vor Ausweisung neuer Bau- und Gewerbegebiete sind die indirekten Kosten für den städtischen Haushalt und die Auswirkungen der zusätzlichen Kosten für die Infrastruktur auszuweisen.

Mitglied Sickelmann erklärt, dass aus Erfahrung zweier großer städtischer Erschließungen im Gewerbegebiet nunmehr diese Konsequenz folgt. Vor Ausweisung neuer Bau- und Gewerbegebiete sollen die indirekten Kosten für den städtischen Haushalt und die Auswirkungen der zusätzlichen Kosten für die Infrastruktur ausgewiesen werden. Dies sollte auch vor dem Hintergrund erfolgen, langfristig den strukturellen Ausgleich des Haushaltes herbeizuführen. Es soll zukünftig vermieden werden, dass es ein Zusatzgeschäft für die Gemeinde wird (wie z. B. im letzten Fall beim Gewerbegebiet Ost IV).

Erster Beigeordneter Dr. Wachs versteht nicht, um welche Kosten es sich dort handelt. Auf der einen Seite stehen die Kosten, die originär mit der Erstellung des Gebietes zusammenhängen, die über den städtebaulichen Vertrag mit der Investorengesellschaft geregelt werden. Die Erhebung weiter entstehender Kosten (Benutzung von Straßen etc.) wird schwierig, da die Herstellung der Kausalitäten unmöglich ist. Nach der Rechtsprechung sind nur kausale Kosten (die mit dem Gebiet zusammenhängen) abrechenbar.

Mitglied Sickelmann führt aus, dass mit jeder Erschließung (vor allem bei großflächiger Erschließung) Fixkosten und Kosten für die Infrastruktur auf die Allgemeinheit verteilt werden. Ihre Fraktion ist der Meinung, dass man sich langfristig mit diesen verursachenden Kosten auseinandersetzen muss, ob es sich dabei um eine Gewinnsituation für die Stadt Emmerich handelt.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erwidert, dass man sich damit im besten Falle jederzeit auseinandersetzen muss; es ist Gegenstand der Abwägung. Beim Bebauungsplan zum Gewerbegebiet Ost IV war dies ein wesentliches Kriterium (Steuereinnahmen, Folgekosten, Folgen für das Verkehrsnetz im Sinne des Hafens) und im Sinne der Abwägung gelöst wurde. Erster Beigeordneter Dr. Wachs würde sich dennoch gerne der Informationen bedienen, die Mitglied Sickelmann angeboten hat.

Bürgermeister Diks reagiert auf einen Presseartikel der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wonach angeblich 84.000 € aus dem städtischen Haushalt an die BLG geflossen wären, und stellt richtig, dass niemals eine solche Summe an die BLG geflossen ist.

Beratungsergebnis: 1 Stimme Dafür, 14 Stimmen Dagegen, 6 Enthaltungen

Nunmehr lässt Vorsitzender Lang über die Beschlussvorlage der Verwaltung abstimmen.

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget 500 „Fachbereich 5 - Stadtentwicklung“ im Ergebnishaushalt für das Jahr 2009 auf 2.407.972 Euro und im Finanzhaushalt auf 3.732.635 Euro zuzüglich der Änderungen gemäß der Anlagen 1 und 2 fest.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

4 05 - 14 1024/2009 Antrag auf Fällung eines Baumes auf dem Grundstück Johannes-Derksen-Weg; hier: Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. E 8/4 - Berliner Straße -

Mitglied ten Brink stellt den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Mitglied Beckschaefer teilt für seine Fraktion mit, dass man der Vorlage zustimmt. Er hat allerdings die Frage, wie viele Bäume 378 ökologischen Werteinheiten entsprechen. Zukünftig sollte in den Vorlagen die Anzahl der Bäume entsprechend ausgewiesen werden. Herr Kemkes erläutert, dass die Berechnung der ökologischen Werteinheiten nach festen Grundsätzen erfolgt. Der wegfallende Flächenumfang der Baumkrone wird ermittelt, der mit einem Wertverlust verbunden ist. Eine begrünte Fläche ist wertvoller als eine versiegelte oder bebaute Fläche. Für die wegfallende Baumkrone wird ein Punktwert ermittelt. Wenn man stattdessen die Wertermittlung mit einem verminderten Punktsatz berechnet gelangt man zu den Werteinheiten. Diese werden umgerechnet in eine Maßnahmenfläche von erforderlichen 126 qm. Hierzu gibt es Standardwerte; in Emmerich 7,70 € (Kosten für Grunderwerb und Kosten für Pflanzmaßnahme). Verwaltungsseitig ist vorgesehen, entweder über eine entsprechende Ersatzpflanzung oder ein Ersatzgeld zu sprechen. Die 378 ökologischen Werteinheiten entsprechen ca. 2-3 Bäumen.

Mitglied Sickelmann teilt für ihre Fraktion mit, dass man vor dem Hintergrund, dass 1981 ca. 700 Bürger für den Erhalt der Leegmeer-Bäume plädiert haben und der Bebauungsplan mit der Festsetzung zum Erhalt der Bäume aufgestellt wurde, der Vorlage nicht zustimmt. Im Laufe der Realisierung wurde leider weniger Rücksicht auf die Bäume genommen und die Bebauung wurde sehr eng ausgeführt, so dass eine Ersatzpflanzung auf eigenem Grundstück nicht möglich ist. Nach einem persönlichen Gespräch mit der Antragstellerin hat sie sich nunmehr zu einer Enthaltung bei der Abstimmung entschieden.

Herr Kemkes teilt ergänzend mit, dass die angesprochene Linde und Kastanie als schützenswert in die Bebauung integriert worden sind. Die damalige Anstrengung der Bürger zum Erhalt der Bäume ist also in vollem Umfang umgesetzt worden. Dem widerspricht Mitglied Sickelmann. Einer dieser Bäume musste wegen Wurzel- und Stammschäden gefällt werden. Dies ist mal wieder ein deutliches Beispiel dafür, dass die festgesetzten Bäume im Bebauungsplan langfristig nicht erhalten werden.

Vorsitzender Lang lässt über den Antrag von Mitglied ten Brink, nach Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung stimmt einer Befreiung von der Erhaltungsfestsetzung eines Baumes auf dem Grundstück Johannes-Derksen-Weg 3 im Bebauungsplan Nr. E 8/4 -Berliner Straße- zu.

Beratungsergebnis: 20 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

5 Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen

1. Sondersitzung Ausschuss für Stadtentwicklung und Rat;
hier: Mitteilung des Ersten Beigeordneten Dr. Wachs

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt mit, dass die anberaumten Sondersitzung Ende März zum Thema „Virtueller Gewerbeflächenpool“ auf einen späteren noch zu benennenden Zeitpunkt verschoben wird. Aus einzelnen Kommunen haben sich noch Fragen aufgetan, so dass man sich auf Kommunenebene dazu entschlossen hat, das Thema zu schieben.

2. Zusatzbeschilderung Geschwindigkeitsbeschilderung Tichelkamp;
hier: Mitteilung von Herrn Kemkes

Herr Kemkes teilt mit, dass aufgrund einer Anfrage des Herrn Kukulies seitens der Verwaltung eine Prüfung stattgefunden hat. Die Straße ist im Rahmen der Ortsbeschilderung ausreichend ausgeschildert. Auf der gesamten Länge gilt die Geschwindigkeitsbegrenzung 50 km/h.

Die Straßenverkehrsordnung sieht innerhalb geschlossener Ortschaften eine Wiederholung von Geschwindigkeitsbeschränkungen in dem Bereich nicht vor. Verwaltungsseitig wird kein Handlungsbedarf gesehen.

Mitglied Kukulies fragt an, ob man in dem Bereich von einer 50 km/h-Beschilderung ausgeht oder ob das Ortseingangsschild als Geschwindigkeitskontrolle ausreicht. Herr Kemkes teilt mit, dass nach einem gemeinsamen Ortstermin mit der Polizei die Beschilderung als ausreichend anzusehen ist.

Anfragen

1. Diebstahl von Solarmodulen vom Gymnasium
hier: Anfrage von Mitglied Lindemann

Mitglied Lindemann fragt an, auf welche Höhe sich der Schaden des Diebstahls beläuft und wann der Schaden beseitigt ist.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs antwortet, dass der Schaden Angelegenheit des Eigentümers, der Solar GmbH & Co. KG. Die Stadt ist lediglich Betreiber der Anlage. Unmittelbar nach dem Diebstahl hat eine Begehung mit dem Geschäftsführer der GmbH und dem Fachbereich Immobilien stattgefunden. Die Schadenshöhe beläuft sich auf ca. 20.000 €, der versicherungstechnisch abgedeckt ist. Ebenfalls ist der Schaden an Ausfall von energetischen Einspeisungen abgedeckt. Den Anteilseignern entsteht somit kein materieller Schaden.

2. Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II für die Hühthumer Schule;
hier: Anfrage von Mitglied Reintjes

Mitglied Reintjes teilt mit, dass ein Antrag gestellt wurde, aus dem Konjunkturpaket II für die Hühthumer Schule Maßnahmen zu realisieren. Ihm ist aufgefallen, dass mittlerweile eine Fenstererneuerung stattfindet und fragt an, ob diese Maßnahme mit dem Konjunkturpaket II finanziert wird. Weiter fragt er an, ob die Ortschaften bei dem Konjunkturpaket II berücksichtigt werden.

Hierauf teilt Erster Beigeordneter Dr. Wachs mit, dass die Fenstermaßnahmen nicht auf dem Konjunkturpaket II finanziert werden, da erst dann Maßnahmen realisiert werden, wenn die entsprechenden Gelder aus dem Konjunkturpaket II geflossen sind. Bislang hat die Verwaltung lediglich eine Größenordnung der zur Verfügung stehenden Gelder, die theoretisch zur Verfügung stehen.

Der Verwaltung ist allerdings noch nicht bekannt, wie die Vorgaben/Voraussetzungen zur Verwendung dieser Mittel aussehen werden. Sobald diese Informationen vorliegen wird die Verwaltung dies im Fachausschuss zur Beratung vorlegen.

3. Alternativlösung entlang der B 220 hinsichtlich Betuwe;
hier: Anfrage von Mitglied Reintjes

Mitglied Reintjes fragt an, ob über die Alternativlösung in Form einer PKW-Überprüfung längs des Brückenbauwerkes an der B 220 nachgedacht wird.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt mit, dass die Verwaltung den Arbeitsauftrag aus dem Rat entsprechend abarbeiten wird und entsprechend im Fachausschuss vorstellen wird. Sollten Änderungen gewünscht sein, müssten diese an die Verwaltung herangetragen werden und im Fachausschuss und Rat beschlossen werden.

4. Schließung der Kleinschwimmhalle Elten;
hier: Anfrage von Mitglied Diekman

Mitglied Diekman teilt mit, dass die Kleinschwimmhalle Elten aufgrund eines Legionellenbefalls erneut geschlossen wurde. Er fragt an, wer für die Kosten aufkommt. Ferner fragt er an, ob grundsätzlich bauseits etwas verändert werden muss.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs schildert die jetzige Situation. In der Vergangenheit sind 2 Fälle mit Legionellenbefall aufgetreten. Einmal war es ein tatsächliches Problem und beim anderen Mal war es ein messtechnisches Problem. Hinterher stellte sich heraus, dass das untersuchende Labor einen hundertfachen Wert anstatt des einfachen Wertes angenommen hatte. Derzeit hat man die Situation, dass sowohl die 11 Duschköpfe in den Damenduschen als auch die 11 Duschköpfe in den Herrenduschen aus einer Wasserleitung (2001/2002 erneuert) bedient werden. Bei einem Duschkopf wurde ein derart unerklärlich hoher Legionellenbefall festgestellt, dass eine Schließung unvermeidbar war. Entsprechende Proben sind genommen worden und werden derzeit untersucht.

6 Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde sind keine Bürger anwesend

Vorsitzender Lang schließt um 18.50 Uhr die öffentliche Sitzung

Vorsitzender

Schriftführerin